



Dortmund: Aufbau kommunaler Beteiligungsstrukturen als Beitrag zur positiven Entwicklung des »Stadtklimas«

Michaela Bonan

Lebenslagenabhängige Anliegen sind Motor für temporär angelegte Initiativen

Die Dortmunder Stadtgesellschaft hat sich durch den Strukturwandel differenziert, ist vielfältiger und interessenorientierter geworden. Lebenslagenabhängig treten unterschiedliche Anliegen in den Vordergrund und sind Motor für temporär angelegte Initiativen, die sich bspw. mit sicheren Verkehrswegen, Lärmbelästigung, Erweiterung von Produktionsanlagen, Missständen in Schulen, Kitas oder Fragen der Sicherheit und Ordnung sowie des Planungsrechtes befassen. Viele möchten somit im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas tun, haben aber wenig Erfahrung, wo und wie sie zupacken können und wen sie ansprechen können, um Unterstützung und Antworten auf ihre Fragen zu bekommen.

Bürgerinteressen und Zivilgesellschaft

»Der Zivilgesellschaft und dem Bürgerengagement will ich im Rathaus eine neue Heimat geben«, hatte Oberbürgermeister Ullrich Sierau in seiner Rede anlässlich seiner Vereidigung im Jahr 2010 versprochen und unmittelbar nach seiner Wahl den Geschäftsbereich »Bürgerinteressen und Zivilgesellschaft« eingerichtet. Zehn Anlaufstellen, u. a. die Migration- und Integrationsagentur, die Koordinierungsstellen für Schwule, Lesben und Transidente und Vielfalt, Toleranz und Demokratie, das Agenda-Büro, die Freiwilligen Agentur und auch die Ombudsstelle für Bürgerinitiativen und -interessen, wurden innerhalb dieses Geschäftsbereichs, im Amt des Oberbürgermeisters und des Rates, zusammengeführt. Dialog, Transparenz und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist gemeinsames Ziel aller Verantwortlichen. So soll neben dem Strukturwandel auch das gesellschaftliche Klima weiterentwickelt werden. In Dortmund werden Bürgerinteressen ernst genommen und Diskussionen sind erwünscht, so die Botschaft des Oberbürgermeisters Ullrich Sierau.

Teilhabe am Willensbildungsprozess von Verwaltung und Politik

Seit Januar 2011 hat Michaela Bonan als erste hauptamtlich, kommunale Ombudsfrau die Aufgabe übernommen die Bürgerinitiativen und -interessen (BIs) bei ihrer Teilhabe am Willensbildungsprozess von Politik und Verwaltung zu unterstützen. Transparente Strukturen, klare Kommunikation, verbindliche Zuständigkeiten und ein umfassendes Informationsangebot zu Beteiligungsrechten und Mitwirkungsmöglichkeiten sind hierbei wesentliche Grundlagen für die angemessene Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Planungs-, Mitwirkungs- und Entscheidungsprozesse. Die Einbindung sollte möglichst frühzeitig erfolgen und den Bürgerinnen und Bürgern die Chance lassen, eigene Ansichten in die Diskussion einbringen zu können. Wir setzen auf aktive Kommunikation mit der Bürgerschaft. Bürgerbeteiligung hat aber nicht die Eingriffsmöglichkeit in die Ent-



scheidungsmechanismen der repräsentativen Demokratie zur Folge. Planungsaufgaben obliegen der Verwaltung, politische Entscheidungen dem Rat und dessen Gremien.

Das Mehrheitsprinzip muss gelten. Das heißt, wird nach einem fairen Beteiligungsprozess eine Entscheidung getroffen, muss die unterlegene Minderheit diese Entscheidungen auch akzeptieren. Eine Diskussion über das »ob« einer zu realisierenden Maßnahme kann nicht mehr erfolgen. Während des Umsetzungsprozesses einer Entscheidung ist jedoch eine weitere Beteiligung immer denkbar und wünschenswert. Die Bürgerinnen und Bürger müssen über Beteiligungsrechte und deren rechtliche Grenzen umfassend informiert werden. Gleichzeitig wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten auch bei Entscheidungen bei denen kein gesetzliches Beteiligungsrecht besteht. Wobei es nicht darum gehen kann, »Alibibeteiligungsverfahren« ohne echte Möglichkeiten der Einflussnahme durchzuführen. Solches Vorgehen führt zum Vertrauensverlust in Politik und Verwaltung und somit zu neuem Unmut. Ist aus rechtlichen, nachvollziehbaren und verständlichen Gründen keine Beteiligung mehr möglich, erwarten die Bürger und Bürgerinnen, dass dies auch transparent und ehrlich kommuniziert wird.

Genau hier ist eine Balance zu finden zwischen Bürgerwunsch, Aufwand von Verwaltung und Politik und dem angenommenen Mehrwert eines intensiven Mitwirkungsverfahrens. Aufgabe der Ombudsfrau ist es u. a. mit der betroffenen Fachverwaltung, in Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen, nachvollziehbare Standards für solche Verfahren zu definieren.

Verständnis, Vertrauen, Verbindlichkeit

Die Bereitstellung eines niederschweligen Informations- und Serviceangebotes schafft Bürgernähe. Die Institutionalisierung gibt den Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten ein Gesicht. Die ersten Gespräche mit den BIs finden beispielsweise »Vor Ort« statt. Während des Gespräches mit den Mitgliedern verschafft sich die Ombudsfrau einen Überblick über das konkrete Problem und macht sich mit der örtlichen Situation vertraut.

Diese Vorgehensweise vermittelt echtes Interesse an den Sorgen und Ängsten, aber auch an möglichen Impulsen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu den jeweiligen Themen der Initiativen. Das, über das persönliche Gespräch, erfahrene Expertenwissen der Bürger/innen vor Ort kann wertvolle Hinweise zur Optimierung verschiedenster Abläufe geben und teilweise in Entscheidungsprozesse einfließen. Verbindlich und verlässlich, stellt die Ombudsfrau im Anschluss sicher, dass die dargestellte Problematik und die daraus eventuell entstandenen Fragen mit der zuständigen Fachverwaltung erörtert und eine zeitnahe Klärung herbeigeführt wird. Dem Bürger wird der Weg durch unbekannte Strukturen – der oftmals wahrgenommene »Verwaltungsdschungel« – abgenommen. Sie gleicht verschiedene Interessen ab, unterstützt bei Bedarf die Mitglieder der BIs bei der Gesprächsführung und stellt sicher, dass die Anliegen der Bürgerinitiativen und -interessen frühzeitig Gehör finden.



Man kann nicht immer helfen, kann sich aber kümmern

Helfen kann sie nicht immer, aber sie kümmert sich und versucht durch gezielte, persönliche Kommunikation mit den BIs Vertrauen aufzubauen. Ganz unter dem Motto agieren statt reagieren, verfolgt die Ombudsfrau das Bürgerinteresse über Medien, Hinweise aus Politik und Fachverwaltung sowie des Beschwerdemanagements der Stadt Dortmund und bietet sich den BIs immer wieder als neutrale Gesprächspartnerin an. Verwaltungsin-tern trägt sie Sorge dafür, dass der Umgang zwischen den Beteiligten fair und ohne Willkür gestaltet wird. Aus den bisherigen Rückmeldungen der BIs wird zum Einen deutlich, dass die investierte Zeit, das aktive Zuhören und ein vertrauliches Gespräch, sehr positiv bewertet werden. Zum Anderen kann einem »unterschwelligem Schmelzbrand«, entstanden durch Informationsdefizite und einer unklaren Sachlage, frühzeitig begegnet werden. Diese unbürokratische und bürgernahe Vorgehensweise hat die Einführungsphase der neu geschaffenen Stelle und somit die Akzeptanz der Ombudsfrau bei den Bürgerinitiativen erleichtert.

Überzeugungsarbeit ist weiter erforderlich

Gleichwohl gibt es skeptische Stimmen aus den Bürgerinitiativen, die sagen, »man werde sich weder von Verwaltung und Politik vorführen lassen, noch werde man sich von der Ombudsfrau Entscheidungen schmackhaft machen bzw. schönreden lassen.« Seitens der Politik bestehen teilweise Bedenken, dass Parallelitäten zur politischen Arbeit aufgebaut werden könnten. Ein Teil der Politiker/innen hat erkannt, dass es zu einer Richtungsänderung gekommen ist und dass politische Entscheidungen von der Bürgerschaft nicht mehr einfach hingenommen werden. Sie sehen in der Einrichtung der Ombudsstelle die Chance, den Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft sinnvoll zu unterstützen und zu ergänzen.

Sowohl in Richtung Politik und Bürgerinitiativen, als auch in Richtung Verwaltung, gilt es weiter, Überzeugungsarbeit zu leisten, um so ein weiteres Umdenken und bestmöglich eine Verhaltensänderung zu erreichen. Bürger/innen werden für Politik und Verwaltung zu Partner/innen und Impulsgeber/innen und verlieren das oft beklagte Image des potenziellen »Verfahrenstörers«. Gleichzeitig kann die angemessene Beteiligung und Mitwirkung der Bürger/innen die Akzeptanz der politischen Entscheidungen erhöhen und birgt die Chance, gegenseitiges Misstrauen in Vertrauen zu wandeln.

Vernetzung

Nachdem die Ombudsfrau sich mit der Dortmunder Initiativenlandschaft und deren Themen vertraut gemacht hat, wird in Zusammenarbeit mit den BIs die bereits erstellte Internetseite www.ombudsstelle.dortmund.de stetig erweitert und um die für die Interessensgruppen relevanten Informationen ergänzt. Die im Rahmen der Ist-Analyse ermittelten 28 Dortmunder Bürgerinitiativen (davon 18 aktive) wurden mit dem Ziel gelistet, die Vernetzung zwischen den Initiativen zu forcieren sowie die Möglichkeit zur Kooperation, des Erfahrungsaustausches und der wechselseitigen Erörterung von Grundsatzfragen etc. zu unterstützen. Die bisherige Erfahrung und die Rückmeldungen aus den BIs haben gezeigt, dass gerade Bürgerinitiativen in der Entstehungspha-



se, aber auch interessierte Bürger/innen das Angebot nutzen und auf das vorhandene Wissen und die Erfahrungen der bereits bestehenden BIs zurückzugreifen.

Interne Strukturen

Verwaltungsintern wurden die Fachbereichsleitungen im Rahmen einer Online-Umfrage zur Offenheit gegenüber Bürgeranliegen und den Beteiligungschancen der Bürger/innen an Planungs- bzw. Entscheidungsprozessen befragt. Zusätzlich wurden die Befragten aufgefordert Ansprechpartner/innen für das Thema Mitwirkungsmöglichkeiten zu benennen. Ziel ist die Bereitstellung einer gesamtstädtischen Angebotsübersicht über bereits bestehende Beteiligungsmöglichkeiten. Gleichzeitig wurde die Nutzung der bereits bestehenden Angebote erfragt. Im Sinne einer lernenden Verwaltung wird während der Auswertungsphase betrachtet, inwieweit bereits durchgeführte »Best-Practice-Modelle« auf andere Beteiligungsverfahren übertragen werden können. Mit den benannten Ansprechpartner/innen wird ein internes Netzwerk »Information- Beteiligung- Mitwirkung« mit dem Ziel gegründet, Optimierungspotentiale in der Informationsbereitstellung und den Mitwirkungschancen für die Bürger/innen zu erörtern und entstehende Handlungsfelder zu definieren. Die Sensibilität für die Bürgeranliegen und die Akzeptanz des Beteiligungswunsches kann langfristig zu einem routinierten Umgang mit dem Thema führen. Gleichzeitig können unter Berücksichtigung der Anregungen aus den BIs, Bereiche der Verwaltung und zeitliche Phasen definiert und festgelegt werden, in denen Beteiligungsverfahren, über die gesetzlich vorgeschrieben Verfahren hinausgehend, standardmäßig durchgeführt werden sollen. Zudem soll die Entwicklung kreativer Dialogformen forciert werden. Den Fachbereichen soll langfristig ein erarbeiteter Instrumenten- bzw. Methodenkoffer zur Durchführung von Mitwirkungsverfahren zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt Dortmund ist eine bürger- und dialogorientierte Stadt und arbeitet stetig an der Qualitätssicherung des bürgerfreundlichen Umgangs; dem zur Folge gilt es auch, zum Thema Berichtswesen bspw. zu Verfahrensständen, in Richtung der Bürgerinitiativen, die Kommunikationskultur zu optimieren.

Dialogforum und Anwohnersprechstunden

Themen- und stadtteilbezogen wurden in den letzten Monaten »Runde Tische« und »Dialogforen« implementiert. In Kooperation mit der zuständigen Fachverwaltung und der Ombudsfrau werden regelmäßige Anwohnersprechstunden direkt vor Ort angeboten. Das Angebot wird gut genutzt. Der stetige konstruktive Austausch mit den zu Beginn des Prozesses kritischen Bürgerinnen und Bürgern und BIs hat es ermöglicht, die Umsetzung der entschiedenen Maßnahme laufend zu optimieren. Die Realisierung von Anregungen und Optimierungswünschen kann innerhalb kürzester Zeit, unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben, erfolgen. Mögliche Kritikpunkte werden umgehend geklärt. Das Ergebnis wird entweder direkt oder im Rahmen der nächsten Sprechstunde, des nächsten Dialogforums oder Runden Tisches, kommuniziert. Die Informationen aus den Veranstaltungen werden zudem über Anwohnerinformationsbriefe veröffentlicht. Zusätzlich ist die Ombudsfrau für die Mitglieder der BIs ansprechbar, die sich nicht aktiv am Umsetzungsprozess beteiligen möchten aber trotzdem einen Informationsbedarf haben.



Bürgercafe und Informationskampagne

Der Oberbürgermeister und die Ombudsfrau haben bereits zweimal ins »Dortmunder Bürgercafe« eingeladen. Nicht nur Vertreter der BIs sondern auch repräsentativ ausgesuchte Bürgerinnen und Bürger aus den einzelnen Stadtteilen sind eingeladen, miteinander ins Gespräch zu kommen, sich kennenzulernen, sich auszutauschen und zu vernetzen. Diese Verfahrensweise ermöglicht die Einbeziehung und Ansprache auch bisher kaum erreichter Zielgruppen, der so genannten »schweigenden Mehrheit«. 180 Bürger/innen haben das auch zukünftig regelmäßig stattfindende Angebot genutzt. Die Wahrnehmung der Bi'S und der repräsentativ ausgewählten Bürgerschaft zum Beteiligungs- und Informationsangebot der Verwaltung wurde erfragt, Anregungen wurden direkt aufgenommen und Meinungsbilder zum Umgang zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft diskutiert. Über den Dialog wurden Themen und Handlungsfelder benannt, an denen besonderes Interesse der Bürgerschaft besteht. Die von den Teilnehmern/innen erarbeiteten Ergebnisse wurden von der Ombudsfrau analysiert, aufbereitet und über die Internetseite veröffentlicht. Erste Optimierungsvorschläge der Bürger/innen wurden bereits umgesetzt. Zu den benannten wichtigsten Themenfeldern soll es zukünftig bedarfsgerechte Informationskampagnen bzw. Veranstaltungsreihen der Ombudsstelle geben. Gestartet ist dieses Vorhaben mit dem Bürgerdialog »Hochspannungsfreileitungen«. Aus dem Teilnehmerkreis der Bürgercafes konnten Bürger/innen gewonnen werden, die durch aktive Mitarbeit dem internen Netzwerk »Information- Beteiligung-Mitwirkung« wünschenswerte externe Impulse geben. Diese Mitwirkung der Bürgerschaft soll gewährleisten, dass alle Aspekte in den Entwicklungsprozess eines von der Bürgerschaft akzeptierten Beteiligungsangebotes einbezogen werden.

Nicht immer besser, aber manchmal anders

Dortmund hat bereits eine lange, sich immer weiterentwickelnde Dialogtradition. Unter großer Bürgerbeteiligung wurden bspw. die integrierten Stadtentwicklungskonzepte (Insektis) und im Jahr 2010 das Handlungsprogramm Klimaschutz 2020 erstellt. Im März 2011 wurde mit großer Resonanz und mit mehr als 500 aktiven Beteiligten die erste Dortmunder Integrationskonferenz durchgeführt. Auch hier ist es Ziel, ein zukunftsfähiges Handlungsprogramm auf Grundlage des Masterplans Integration, mit der Bürgerschaft zu erarbeiten. Dortmund hat sich auf den Weg gemacht und versucht bereits bestehende gute Informationsangebote den Bedürfnissen der Bürger/innen angepasst anzubieten. Die Ansprechpartner/innen der im Geschäftsbereich Zivilgesellschaft und Bürgerinteressen gebündelten Anlaufstellen nutzen ihre Multiplikatorenfunktionen, um in Kooperation mit der Ombudsstelle, neben der zielgruppenorientierten Themenbetrachtung auch die Beteiligungskultur mit den jeweiligen Zielgruppen, weiterzuentwickeln. Ganz unter der Devise: »Sage es mir – und ich werde es vergessen. Zeige es mir – und ich werde mich erinnern. Beteilige mich – und ich werde dich verstehen« (Lao-Tse) wird die Ombudsstelle der Stadt Dortmund, unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürgern, den Aufbau einer veränderten Beteiligungsstruktur begleiten und so zur positiven Entwicklung des »Stadtklimas« und zur Entstehung einer lokalen Beteiligungskultur einen wichtigen Beitrag leisten.



Anmerkung

Der Beitrag ist ebenfalls erschienen in: Wegweiser Bürgergesellschaft – eNewsletter Nr. 12/2011 (24.06.11)

Autorin

Michaela Bonan ist seit 1985 Mitarbeiterin der Stadtverwaltung Dortmund und seit Januar 2011 erste kommunale, hauptamtliche Ombudsfrau für Bürgerinitiativen und -interessen im Amt des Oberbürgermeisters. Gleichzeitig obliegt ihr seit fast drei Jahren die Geschäftsführung für den Dortmunder Konsultationskreis Klimaschutz und Energieeffizienz (KEK).

Kontakt:

Michaela Bonan
Ombudsfrau für Bürgerinteressen und -initiativen
Südwall 2-4
44122 Dortmund
Telefon: (02 31) 50 27 490
E-Mail: ombudsstelle@dortmund.de
www.dortmund.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de